

NIEDERSCHRIFT

über die **2.** Sitzung **des Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit** (XVIII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **11.06.2026**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr
Ende der Sitzung: 19:24 Uhr
Den Vorsitz führte: Rainer Thiel

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

- | | |
|--|--|
| 1. Frau Ursula Bittner | Vertretung für Frau Franziska Velder |
| 2. Herr Dr. Harald Freiherr von Canstein | |
| 3. Herr André Heryschek | |
| 4. Herr Thomas Klann | |
| 5. Herr Gerd Kuska | |
| 6. Herr Dr.-Ing. Michael Roemer | |
| 7. Herr Max von Borzestowski | Vertretung für Herrn Stefan Arcularius |
| 8. Herr Thomas Welter | Vertretung für Frau Sabina Kram |
| 9. Herr Johann-Andreas Werhahn | |

• SPD-Fraktion

- | | |
|----------------------------|--------------------------------------|
| 10. Herr Dirk Banse | |
| 11. Herr Horst Fischer | Vertretung für Herrn Christian Stupp |
| 12. Herr Wolfgang Kaisers | |
| 13. Herr Daniel Kober | |
| 14. Herr Gunter Schillings | |
| 15. Herr Rainer Thiel | |

• AfD-Fraktion

- | | |
|--------------------------|--|
| 16. Herr Michael Daniels | |
| 17. Herr Kai Fegers | |

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 18. Frau Petra Schenke
- 19. Frau Renate Steiner
- 20. Frau Birgit Wollbold

Vertretung für Herrn Erhard Demmer
Vertretung für Herrn Dirk Schimanski

- **FDP-Fraktion**

- 21. Herr Thomas Betz

- **Kreistagsfraktion Die Linke/Die PARTEI**

- 22. Herr Michail Burgesmeir

- **Kreistagsgruppe UWG/ Freie Wähler/ Zentrum**

- 23. Herr Markus Christopher Roßdeutscher

- **beratende Mitglieder**

- 24. Frau Monika Zimmermann

- **Verwaltung**

- 25. Frau Chiara Bacchiocchi
- 26. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 27. Frau Christa Fratello
- 28. Herr Volker Ganse
- 29. Frau Sabine Herlitz-London
- 30. Frau Isabel Klee
- 31. Frau Corinna Kühlen
- 32. Frau Yvonne Ostern
- 33. Herr Sven Schumacher

- **Schriftführerin**

- 34. Frau Verena Philipsen

- **Schriftführer**

- 35. Herr Michael Albrecht

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger Vorlage: ZS 6/0955/XVIII/2026.....	4
3.	Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09.03.2026	4
4.	Berichte und Beschlüsse	4
4.1.	Regionalplanerische Konkretisierung für die Tagebaufolgelandschaft Garzweiler Vorlage: ZS 6/0933/XVIII/2026	4
4.2.	Projektinitiativen im Rhein-Kreis Neuss	6
4.2.1.	Beschluss zum Projekt "Wasserstoffallianz" Vorlage: ZS 6/0928/XVIII/2026.....	6
4.2.2.	Beschluss zum Projekt "Circular Economy im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: ZS 6/0976/XVIII/2026	8
	Beschlussempfehlung:	9
5.	Mitteilungen	9
5.1.	Sachstandsbericht Fachkräfteplus@RKN Vorlage: ZS 6/0941/XVIII/2026.....	9
5.2.	Sachstandsbericht foodineum (Launchcenter für die Lebensmittelwirtschaft) Vorlage: ZS 6/0942/XVIII/2026	9
5.3.	Sachstandsbericht Tourismus - Rhein ins Revier Vorlage: ZS 6/1052/XVIII/2026.....	10
5.4.	Sachstandsbericht Innovation Valley Garzweiler Vorlage: ZS 6/0931/XVIII/2026.....	10
5.5.	Positionspapier: "Die Region übernimmt Verantwortung" Vorlage: ZS 6/1046/XVIII/2026.....	10
6.	Anträge.....	12
6.1.	Antrag der Kreistagsgruppe UWG/ Freie Wähler Rhein-Kreis Neuss - Deutsche Zentrumspartei: Prüfauftrag: Freiwilliges Handwerkerjahr Vorlage: ZS 6/1045/XVIII/2026.....	12
7.	Anfragen	13
8.	Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle	13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende Thiel eröffnet die Sitzung um 17.04 Uhr und begrüßt den Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit zur zweiten Sitzung der neuen Wahlperiode.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen keine weiteren Fragen und Anmerkungen zur Tagesordnung.

2. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger Vorlage: ZS 6/0955/XVIII/2026

Protokoll:

Der Vorsitzende Thiel bittet die noch zu verpflichtende Frau Renate Steiner nach vorne.

Der Vorsitzende Thiel spricht die Verpflichtungsformel vor und Frau Steiner spricht diese nach.

3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09.03.2026

Protokoll:

Der Vorsitzende Thiel fragt, ob es Anmerkungen oder Fragen zum letzten Protokoll gebe.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das Protokoll wird bestätigt.

Strukt/20260611/Ö3

4. Berichte und Beschlüsse

4.1. Regionalplanerische Konkretisierung für die Tagebaufolgelandschaft Garzweiler

Vorlage: ZS 6/0933/XVIII/2026

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet Frau Blinde von der Bezirksregierung Düsseldorf über den aktuellen Stand der regionalplanerischen Vorüberlegungen zur Tagebaufolgelandschaft Garzweiler.

Frau Blinde erläutert zunächst die grundlegende Struktur des Vortrags und weist darauf hin, dass weitergehende Informationen einer Informationsbroschüre sowie den Sitzungsunterlagen und dort hinterlegten Verlinkungen entnommen werden können.

Sie führt aus, dass sowohl der Regionalrat als auch die Bezirksregierung aktiv am Prozess des Braunkohleausstiegs beteiligt seien. Grundlage hierfür bildeten insbesondere die Leitentscheidungen der Landesregierung aus den Jahren 2021 und 2023. Die Bezirksregierung habe hierzu regelmäßig Stellungnahmen abgegeben, zuletzt Ende des Jahres 2025. Darüber hinaus begleite sie aktiv die nachlaufenden Planungs- und Entwicklungsthemen und informiere den Regionalrat fortlaufend über die entsprechenden Entwicklungen. Ein wesentlicher Auftrag bestehe darin, regionalplanerische Festlegungen vorzubereiten und diese mit den Vorgaben der Landesentwicklungsplanung in Einklang zu bringen.

Anhand von Kartenausschnitten der Regionalpläne Düsseldorf und Köln erläutert Frau Blinde die Regionalplanänderungen Nr. 1, 5, 10, 16, 18 und 22.

Besondere Bedeutung misst sie der 22. Regionalplanänderung betreffend des Kraftwerkstandorts Frimmersdorf bei. In diesem Bereich sei im Rahmen der 5. Regionalplanänderung zunächst eine Fläche ohne abschließende Festsetzung verblieben. Die ursprüngliche Kraftwerksfestsetzung sei aufgehoben worden. Ein Teilbereich des bisherigen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches (GIB) sei inzwischen als Allgemeiner Siedlungsbereich mit gewerblicher Prägung festgesetzt worden, um die Ergebnisse des Werkstattverfahrens planerisch umsetzen zu können. Frau Blinde erläutert hierzu die vorgesehenen Nachnutzungsmöglichkeiten des ehemaligen Kraftwerksstandortes.

Zum aktuellen Stand der regionalplanerischen Vorüberlegungen führt Frau Blinde aus, dass derzeit die raumordnerische Plangrundlage für die zukünftige Tagebaufolgelandschaft erarbeitet werde. Dabei seien zahlreiche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, darunter die Ergebnisse der Braunkohlenplanung, die Anforderungen der Raumordnung, die zukünftigen Grundwasserstände sowie die technischen Erfordernisse der Rekultivierung und Freiraumentwicklung. Ziel sei es, die raumordnerisch relevanten Aspekte herauszuarbeiten und planerisch zu bewerten.

Seit September 2023 werde an einer regionalplanerischen Perspektive für die Entwicklung des Raumes gearbeitet. Hierzu seien Kartenwerke, textliche Erläuterungen, ein Leitbild sowie ein Entwicklungskonzept erarbeitet worden. Die dargestellten regionalplanerischen Ideen seien Ergebnis einer Klausurtagung des Regionalrates.

Nach Beendigung des Vortrags eröffnet der Ausschussvorsitzende Thiel die Fragerunde.

Frau Wollbold erkundigt sich, ob die vorgestellten Inhalte allen Beteiligten bekannt seien und fragt nach konkreteren Verhandlungen zu den dargestellten Entwicklungen.

Frau Blinde erläutert hierzu, dass Eigentumsverhältnisse und Grundstücksfragen nicht Gegenstand der Regionalplanung seien.

Herr Banse fragt nach der Bedeutung der Abkürzung „GIB“.

Frau Blinde erklärt, dass es sich hierbei um einen Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen handele. Dieser entspreche in etwa einem Industriegebiet im Rahmen der Bauleitplanung.

Herr Banse fragt weiter nach der Zusammenarbeit zwischen den Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln sowie nach der Herbeiführung einer einheitlichen Position.

Frau Blinde erläutert, dass einzelne Änderungsbereiche, insbesondere im Zusammenhang mit Garzweiler II, zunächst offengehalten worden seien. Hintergrund seien planerische Entscheidungen im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Köln gewesen.

Der Ausschussvorsitzende Thiel ergänzt, dass die bislang nicht festgesetzten Flächen noch dem aktiven Tagebau und damit dem Bergrecht unterlegen hätten. Gegenwärtig werde der Übergang dieser Flächen in die Regionalplanung vollzogen. Die konkrete Ausgestaltung der künftigen Nutzungen werde letztlich durch die betroffenen Städte und Gemeinden im Rahmen ihrer Bauleitplanung entschieden.

Herr Daniel erkundigt sich nach erkennbaren Konfliktfeldern zwischen wirtschaftlichen Nutzungen und landschaftsplanerischen Belangen.

Frau Blinde führt hierzu aus, dass eine pauschale Bewertung schwierig sei. Eine Ausweitung gewerblicher Flächen habe grundsätzlich Auswirkungen auf die Landschaftsentwicklung. Diese Fragestellungen würden jedoch im Rahmen der Regionalplanung geprüft und bewertet. Aufgabe der Regionalplanung sei es, zwischen den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen einen angemessenen Ausgleich herzustellen.

Herr Kaiser verweist auf die in den Plänen dargestellte Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche und fragt, ob die Gemeinde Jüchen mit zwei unterschiedlichen Planungsträgern verhandeln müsse.

Frau Blinde erläutert, dass die Gemeinde Jüchen vollständig dem Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Düsseldorf zugeordnet sei. Die dargestellte Linienführung sei maßstabsbedingt missverständlich; die verwendete Kartengrundlage im Maßstab 1:50.000 könne zu entsprechenden Interpretationen führen.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bedankt sich der Ausschussvorsitzende Thiel bei Frau Blinde für den Vortrag und empfiehlt den Ausschussmitgliedern die bereitgestellte Informationsbroschüre zur weiteren Vertiefung des Themas.

Strukt/20260611/Ö4.1

4.2. Projektinitiativen im Rhein-Kreis Neuss

4.2.1. Beschluss zum Projekt "Wasserstoffallianz"

Vorlage: ZS 6/0928/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Kreisdirektor Brügge erläuterte ergänzend zur vorliegenden Beschlussvorlage die Bedeutung des Projektes für den Rhein-Kreis Neuss. Er führte aus, dass das geplante Wasserstoffkernnetz die zentrale Infrastruktur („Autobahn“) für die Verteilung von Wasserstoff darstelle. Zwar sei eine regionale Wasserstoffproduktion möglich, der zukünftige Bedarf in Deutschland werde jedoch nicht allein durch heimische Erzeugung gedeckt werden können. Daher werde auch der Import von Wasserstoff, insbesondere über Schiffsverkehre, erforderlich sein.

Weiter führt Herr Kreisdirektor Brügge aus, dass Wasserstoff insbesondere für energieintensive Unternehmen von großer Bedeutung sei. Zahlreiche industrielle Prozesse könnten ihre Transformations- und Klimaziele ohne den Einsatz von Wasserstoff nicht erreichen. Zur Vorbereitung des Projektes seien Gespräche mit verschiedenen Stakeholdern

geführt worden, darunter Vertreter der Wirtschaftsförderung, der Sparkasse sowie Unternehmen aus dem Kreisgebiet. Gemeinsam sei erörtert worden, wie Unternehmen an eine zukünftige Wasserstoffinfrastruktur angebunden werden könnten.

Herr Kreisdirektor Brügge verweist zudem auf die steigenden Anforderungen von Banken und Investoren hinsichtlich der Einhaltung von Klimazielen und Nachhaltigkeitskriterien. Vor diesem Hintergrund sei gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft die Einrichtung von Wasserstofflotsen entwickelt worden. Diese sollen Unternehmen bei der Transformation mit Blick auf den Einsatz von Wasserstoff und damit verbundenen Geschäftsmodellen begleiten und unterstützen.

Die Finanzierung des Projektes erfolge im Rahmen eines STARK-Förderprogramms. Der Eigenanteil des Rhein-Kreises Neuss belaufe sich auf insgesamt 200.000 Euro über einen Zeitraum von vier Jahren. Der Förderbescheid werde vor dem 1. Juli erwartet. Die vorgesehene Personalstelle sei auf die Dauer der Förderung befristet.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Klann, dass es sich um eine konsequente Fortführung der Wasserstoff-Roadmap handele. Die Unterstützung richte sich nicht nur an Großunternehmen, sondern auch an mittelständische Betriebe, die ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten müssten. Die CDU-Fraktion unterstütze daher den Beschlussvorschlag.

Herr Kober führt für die SPD-Fraktion aus, dass das Thema Wasserstoff derzeit große öffentliche Aufmerksamkeit erfahre. Die SPD begrüße die Einwerbung von Fördermitteln sowie die Schaffung zusätzlicher geförderter Arbeitsplätze beim Rhein-Kreis Neuss und werde dem Vorhaben zustimmen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Frau Wollbold die Unterstützung des Projektes. Sie merkte an, dass das Wasserstoffkernnetz derzeit bis zum Chempark reiche, perspektivisch jedoch auch eine Anbindung des Hafens erforderlich sei.

Herr Kreisdirektor teilt hierzu mit, dass entsprechende Planungen bereits laufen und er die Entwicklung positiv bewerte.

Herr Burgesmeir erkundigte sich nach der künftig vorgesehenen Form des angelieferten Wasserstoffs. Die Technologie sei vielversprechend; seine Fraktion werde dem Vorhaben zustimmen.

Herr Kreisdirektor Brügge stellt klar, dass zur Erreichung der angestrebten Klimaziele ausschließlich grüner Wasserstoff in Betracht komme.

Herr Daniels erfragt die Kriterien, anhand derer der Erfolg des Projektes nach Ablauf der vierjährigen Förderperiode bewertet werden solle.

In der weiteren Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass das Thema Wasserstoff noch vor wenigen Jahren kaum bekannt gewesen sei. Bereits die Schaffung entsprechender Strukturen und Unterstützungsangebote für Unternehmen sei als Fortschritt zu bewerten. Auch bei einer nur teilweisen Zielerreichung könne das Projekt einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Transformation leisten.

Strukt/20260611/Ö4.2.1

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit nimmt die Ausführungen zum Projekt Wasserstoffallianz zur Kenntnis und beschließt:

1. Die Durchführung des Projekts „Wasserstoffallianz“ unter Nutzung des genannten Förderprogramms STARK oder anderer geeigneter Förderzugänge. Die Verwaltung wird insofern beauftragt, die entsprechenden Förderanträge zu stellen.
2. Die Notwendigkeit von bis zu drei Personalstellen zur Umsetzung des Projektes. Die Einstellung und Eingruppierung soll auf Basis der Bewilligung erfolgen.

4.2.2. Beschluss zum Projekt "Circular Economy im Rhein-Kreis Neuss" **Vorlage: ZS 6/0976/XVIII/2026**

Protokoll:

Herr Kreisdirektor Brügge führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage. Darüber hinaus erläutert er, dass das Thema bereits bekannt sei und zwischenzeitlich vom ursprünglichen Baustoffrecycling hin zum breiteren Themenfeld Circular Economy erweitert worden sei. Hintergrund seien neue Fragestellungen im Zusammenhang mit haushaltsrelevanten Themen. Die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Kreislaufwirtschaft sei von hoher Bedeutung. Ziel sei die Entwicklung eines Projektes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft z.B. im Umfeld des Chemparks Dormagen und in jeden Fall in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Städten und Gemeinden.

Herr Heryschek begrüßt die Initiative und erklärt die Unterstützung seiner Fraktion für das Vorhaben. Er verweist auf bereits bestehende Beispiele im Rhein-Kreis Neuss, bei denen Aspekte der Kreislaufwirtschaft erfolgreich umgesetzt würden, unter anderem im Bereich des Recyclings von Rotorblättern. Darüber hinaus regt er an, bestehende Initiativen im Kreisgebiet systematisch zu prüfen, um mögliche Synergien zu identifizieren und für das Projekt nutzbar zu machen. Die CDU-Fraktion unterstützt das Vorhaben ausdrücklich.

Herr Kober schließt sich der Anregung der CDU-Fraktion an und bewertet diese als sinnvoll. Gleichzeitig erkundigt er sich nach den Auswirkungen für den Fall, dass die beantragte Förderung nicht bewilligt werden sollte. Er äußert die Befürchtung, dass eine Ablehnung der Fördermittel die Umsetzung des Projektes erschweren könnte.

Herr Kreisdirektor Brügge erläutert daraufhin den vorliegenden Beschlussvorschlag und geht auf die angesprochenen Fragestellungen ein.

Herr Daniels fragt nach den vorgesehenen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass das Projekt nicht an personellen oder organisatorischen Ressourcenengpässen scheitere.

Herr Kreisdirektor Brügge führt hierzu aus, dass sich die haushalterischen Rahmenbedingungen zwischenzeitlich verschärft hätten und daher ein offener und realistischer Umgang mit den verfügbaren Ressourcen erforderlich sei. Er verweist auf die im Chempark Dormagen ansässigen Unternehmen und die daraus resultierenden Potenziale für innovative Kreislaufwirtschaftsprojekte. Das Vorhaben könne auch für Investoren von Interesse sein. Er äußert sich zuversichtlich, die vorgesehene Projektstelle besetzen zu können. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass eine zuvor vorgesehene fachliche Stelle im Bereich Baustoffrecycling bislang nicht habe besetzt werden können.

Strukt/20260611/Ö4.2.2

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit nimmt die Ausführungen zum Projekt Baustoffrecycling/ Circular Economy zur Kenntnis und beschließt:

1. Die Weiterentwicklung des Projekts Baustoffrecycling unter dem Titel „Circular Economy – Kreislaufwirtschaft im Rhein-Kreis Neuss“ unter Nutzung des genannten Förderprogramms STARK oder anderer geeigneter Förderzugänge. Die Verwaltung wird insofern beauftragt, die entsprechenden Förderanträge zu stellen.
2. Die Notwendigkeit der Einstellung von Projektpersonal zur Umsetzung des Projektes. Die Einstellung und Eingruppierung soll auf Basis der Bewilligung erfolgen.
3. Sofern die Förderung abgelehnt wird, soll über die Weiterführung des Projektes in einem weiteren zu fassenden Beschluss entschieden werden.

5. Mitteilungen

5.1. Sachstandsbericht Fachkräfteplus@RKN

Vorlage: ZS 6/0941/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Kreisdirektor Brügge weist darauf hin, dass es sich bei der vorliegenden Vorlage um eine Mitteilungsvorlage handelt. Eine ausführliche Erläuterung des Sachverhalts erfolgt daher nicht; stattdessen besteht Gelegenheit für Rückfragen.

Herr Kober erkundigt sich nach dem vorgesehenen Zeitpunkt für den Abschluss des Vergabeverfahrens.

Herr Schumacher teilt hierzu mit, dass das Vergabeverfahren bereits eingeleitet worden sei. Die Vergabe werde voraussichtlich Anfang Juli abgeschlossen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Strukt/20260611/Ö5.1

5.2. Sachstandsbericht foodineum (Launchcenter für die Lebensmittelwirtschaft)

Vorlage: ZS 6/0942/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Ausschussvorsitzender Thiel erkundigt sich, ob zu der Mitteilungsvorlage Fragen aus dem Kreis der Ausschussmitglieder bestehen. Dies ist nicht der Fall.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Strukt/20260611/Ö5.2

5.3. Sachstandsbericht Tourismus - Rhein ins Revier

Vorlage: ZS 6/1052/XVIII/2026

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende Thiel eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt nach Wortmeldungen.

Herr Klann merkt an, dass die örtlichen Entwicklungsmöglichkeiten vielleicht etwas weniger interessant seien als andere bekannte touristische Ziele, jedoch auch nicht von der Hand zu weisen. Er weist darauf hin, dass auch die Politik eigene Ideen und Impulse in den weiteren Prozess einbringen könne und nicht ausschließlich die Verwaltung. In diesem Zusammenhang regt er an, dass die Fraktionen das Thema in ihren jeweiligen Gremien beraten und weitere Vorschläge entwickeln.

Anschließend weist Herr Kreisdirektor Brügge auf die künftig entstehende große Wasserfläche hin. Er hebt das erhebliche Entwicklungspotenzial hervor, das sich aus der Größe des geplanten Sees sowie den damit verbundenen Möglichkeiten für Naherholung, Tourismus und die regionale Entwicklung ergeben könne.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Strukt/20260611/Ö5.3

5.4. Sachstandsbericht Innovation Valley Garzweiler

Vorlage: ZS 6/0931/XVIII/2026

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Aussprache und fragt nach Wortmeldungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen, der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Strukt/20260611/Ö5.4

5.5. Positionspapier: "Die Region übernimmt Verantwortung"

Vorlage: ZS 6/1046/XVIII/2026

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende Thiel berichtet, dass die erste Förderphase aus regionaler Sicht nicht den erhofften Erfolg gebracht habe. Mit dem vorliegenden Positionspapier solle daher an die zuständigen Stellen appelliert werden, die Region schneller förderfähig zu machen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die regionale Entwicklung wirksam zu unterstützen.

Frau Wollbold betont, dass es sich insgesamt um ein gelungenes Positionspapier handele. Sie regt jedoch an, auf Seite 4 unter dem Abschnitt „Entwicklung Kernrevier“ die naturnahen Flächen ausdrücklich zu erwähnen. Darüber hinaus verweist sie auf die Ausführungen auf Seite 6, wonach zehn weitere strukturelevante Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollen. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoll, diese Flächen in einer entsprechenden Aufstellung konkret zu benennen. Ferner hinterfragt sie die auf Seite 7 dargestellte Absicht, neue Förderinstrumente zur Abmilderung wasserwirtschaftlicher Folgen zu schaffen. Sie vertrat die Auffassung, dass die Finanzierung derartiger Folgen grundsätzlich Aufgabe der RWE sei und stellte die Frage, weshalb hierfür öffentliche Fördermittel vorgesehen werden sollten.

Herr Kreisdirektor Brügge erläuterte hierzu, dass es sich bei dem Positionspapier um ein Kompromisspapier handele. Neben den von RWE verursachten Auswirkungen gebe es wasserwirtschaftliche Fragestellungen, die nicht unmittelbar dem Unternehmen zuzurechnen seien, für die jedoch gleichwohl geeignete Förderinstrumente bereitgestellt werden sollten. Die der Zukunftsagentur gemeldeten Fokus-Gewerbeflächen seien bislang noch nicht abschließend identifiziert. Möglicherweise könnten hierbei auch die Flächen Elsbachtal-Ost und Elsbachtal-West eine Rolle spielen. Hinsichtlich der von Frau Wollbold angesprochenen naturnahen Flächen führte Herr Kreisdirektor aus, dass diese aus Sicht des Rhein-Kreises Neuss keine Priorität gehabt hätten und daher nicht in das Positionspapier aufgenommen worden seien. Weitergehende Erläuterungen könne er aufgrund der Nichtöffentlichkeit der entsprechenden Aufsichtsratssitzungen nicht geben.

Herr Werhahn ergänzte, dass grundsätzlich alle Maßnahmen zu begrüßen seien, die zur Sichtbarkeit und Unterstützung des Strukturwandels beitragen. Der Ausschuss habe seine Aufgaben erfüllt und betreibe eine erfolgreiche Projektentwicklung, insbesondere auch mit Blick auf die Arbeit der Beschäftigten in der Verwaltung.

Herr Kober führt aus, dass die zentrale Botschaft des Positionspapiers darin bestehe, dass die Region Verantwortung für den Strukturwandel übernehme. Es sei zutreffend, dass die erste Förderphase nur schleppend verlaufen sei. Umso wichtiger sei es daher, die zweite Förderphase erfolgreicher zu gestalten.

Herr Banse schließt sich dieser Einschätzung an und erklärte, dass das Positionspapier den Kern der Thematik treffe. Es habe insbesondere den Charakter einer Absichtserklärung (Letter of Intent) und formuliere richtungsweisende Positionen für die weitere Entwicklung des Kernreviers.

Herr Kreisdirektor Brügge führt ergänzend aus, dass die Umsetzung des Strukturwandels in Ostdeutschland teilweise anders organisiert sei. Positiv sei jedoch zu bewerten, dass es nicht nur einen zentralen Strukturwandelmanager gebe, da die Region andernfalls deutlich weniger Einflussmöglichkeiten hätte. Rückblickend seien Schwächen bzw. Fehler im Fördersystem erkennbar gewesen, insbesondere im Zusammenhang mit den stufenweisen Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie der späten Erkenntnis, dass einzelne Vorhaben nicht förderfähig gewesen seien. Diese Defizite seien jedoch erkannt worden und haben bereits zu Anpassungen geführt. Er zeigte sich optimistisch, dass das Land Nordrhein-Westfalen keine Fördermittel werde zurückgeben müssen.

Als weiteren Fehler bezeichnete Herr Kreisdirektor Brügge die gesetzliche Festschreibung der Tranchenhöhen der Förderphasen sowie die Entscheidung, den höchsten Förderbetrag bereits in der ersten Förderphase bereitzustellen.

Abschließend wird festgestellt, dass die Braunkohleverstromung wirtschaftlich erfolgreich gewesen sei. Gleichwohl sei die politische Entscheidung zum Ausstieg aus dieser

Form der Energieerzeugung gesellschaftlich gewollt und daher richtig. Wenn die Gesellschaft diesen Wandel wünsche, müsse sie auch bereit sein, die damit verbundenen finanziellen Lasten zu tragen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen, der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Strukt/20260611/Ö5.5

6. Anträge

6.1. Antrag der Kreistagsgruppe UWG/ Freie Wähler Rhein-Kreis Neuss - Deutsche Zentrumspartei: Prüfauftrag: Freiwilliges Handwerkerjahr Vorlage: ZS 6/1045/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Roßdeutscher führt aus, dass Schulabgängerinnen und Schulabgänger durch ein freiwilliges Praktikumsjahr besser in eine für sie geeignete Ausbildung vermittelt werden können. Ein solches Angebot unterstütze Jugendliche bei der beruflichen Orientierung und stelle aus seiner Sicht eine sinnvolle Ergänzung des Projekts FACHKRÄFTEplus@RKN dar.

Herr Roemer erläutert, dass der Rhein-Kreis Neuss bereits umfangreiche Aktivitäten im Bereich der Berufsorientierung durchführe. Darüber hinaus sei für die Einführung eines freiwilligen Handwerksjahres eine landesweite Regelung erforderlich, insbesondere hinsichtlich des Versicherungsschutzes der Praktikantinnen und Praktikanten sowie der möglichen Anrechnung von Praktikumszeiten auf eine anschließende Ausbildung. Hierzu stehen die zuständigen Akteure auf Bundes- und Landesebene bereits im Austausch über entsprechende Rahmenbedingungen.

Frau Schenke schließt sich den Ausführungen von Herrn Roemer an. Der Antrag sei grundsätzlich zu begrüßen und unterstützenswert. Allerdings müssten zunächst die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Herr Kreisdirektor Brügge schlägt daraufhin vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung zunächst mit einer Prüfung des Vorhabens beauftragt werde.

Herr Heryscheck erklärt seine Unterstützung für den Antrag und begrüßte die seitens Herrn Kreisdirektor Brügge vorgeschlagene Umformulierung in einen Prüfauftrag.

Strukt/20260611/Ö6.1

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, das Angebot für ein freiwilliges Handwerksjahr im Rhein-Kreis Neuss bereitzustellen. Entsprechende Informationsangebote werden erarbeitet, Schulen informiert und Prozesse definiert.

Der Beschlussvorschlag wurde in der Ausschusssitzung umformuliert und wie folgt beschlossen:

Der Ausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, das Angebot für ein freiwilliges Handwerksjahr im Rhein-Kreis Neuss zu prüfen und gegebenenfalls entsprechende Informationsangebote erarbeitet, Schulen informiert und Prozesse definiert.

Der Ausschuss verständigte sich auf folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, das Angebot für ein freiwilliges Handwerksjahr im Rhein-Kreis Neuss zu prüfen und gegebenenfalls entsprechende Informationsangebote zu erarbeiten, zu informieren und Prozesse zu definieren.“

7. Anfragen

Protokoll:

Es bestehen keine weiteren Anfragen.

8. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und erkundigt sich nach Wortmeldungen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Strukt/20260611/Ö8

gez.
Rainer Thiel
Vorsitz

gez.
Verena Philipsen
Schriftführung

gez.
Michael Albrecht
Schriftführung